

«Volkswahl des Bundesrats wäre sinnvoll»

Das Parlament spiele mit dem Feuer, findet Politologe Michael Hermann. Aber es fürchte den Brand nicht mehr so sehr wie 2003. Seiner Ansicht nach drängt sich nun die Volkswahl auf.

Mit **Michael Hermann** sprach **Iwan Städler**



Herr Hermann, hat das Parlament gestern mit der Abwahl von Christoph Blocher das Ende der Konkordanzregierung eingeleitet?

Man kann den Entscheid auch als Wiederbelebung einer Konkordanz sehen, wie wir sie bis vor vier Jahren kannten.

Wie meinen Sie das?

Das Parlament hat die sieben Bundesratssitze nach Wählerstärke auf die Parteien verteilt, wollte aber wie früher selbst bestimmen, wen es wählt. Es kehrte sozusagen zur alten Regel zurück, wonach es für den Bundesrat konziliante Leute braucht, die mit anders Denkenden zusammenarbeiten können.

Hat das Parlament mit Blochers Abwahl nicht den Volkswillen verletzt? Immerhin erzielte die SVP, die mit Blocher für sich ge-

worben hatte, bei den Nationalratswahlen das mit Abstand beste Resultat?

Die SVP kommt auf einen Wähleranteil von 30 Prozent. Das ist zwar sehr viel, aber keine Mehrheit. Dies musste die SVP bei Majorzwahlen immer wieder erleben – auch wenn das Volk wählte. Etwa in Zürich und St. Gallen. Dort ist die SVP zwar wie auf nationaler Ebene die stärkste Partei, vermochte aber die Ständeratswahlen nicht für sich zu entscheiden. Ihre Kandidaten waren offensichtlich nicht mehrheitsfähig.

Spielt denn das Parlament nicht mit dem Feuer? Die SVP hat ja angedroht, sie gehe bei einer Abwahl von Christoph Blocher in die Opposition.

Einen ersten Schritt dazu hat Parteipräsident Ueli Maurer bereits getan, indem er Samuel Schmid als fraktionslosen Bundesrat bezeichnet hat. Es ist also sicher richtig, dass das Parlament mit dem Feuer spielt. Offenbar hat es aber vor dem Brand, den es auslösen könnte, nicht mehr so sehr Angst wie noch vor vier Jahren. Damals war Blocher für viele Parlamentarier auch nicht wählbar. Sie wählten ihn aber trotzdem – aus Angst. Inzwischen hat die FDP gemerkt, dass sich so ihr Niedergang nicht aufhalten lässt und dass sich Blocher und die SVP nicht einbinden lassen. Auch die CVP ist selbstbewusster geworden.

Das klingt, als wäre das Parlament nach vier Jahren wieder zur Normalität zurückgekehrt?

In einem gewissen Sinn ja. Andererseits ist es natürlich auch ein grosses Wagnis,

wenn die stärkste Partei in die Opposition geht. Dies gab es in der Schweiz noch nie.

Kann denn die SVP noch mehr Opposition betreiben, als Sie es schon bisher tat?

Das frage ich mich auch. Ihre Oppositionspolitik war ja schon bisher ungebremst, was ihr zu einem hohen Wähleranteil verholfen hat. Es ist keineswegs sicher, dass sie mit einem noch schärferen Kurs weiter zulegen kann. Und wenn sie keine Mehrheit findet, kann sie in der Opposition auch wenig ausrichten. Es könnte ihr im Gegenteil die eigene Ohnmacht vor Augen führen. Das würde innerhalb der SVP jene Kräfte stärken, die mit den anderen Parteien zusammenarbeiten wollen, um so sachpolitisch etwas zu erreichen.

Könnte es sein, dass sich die SVP spaltet?

Sollte Eveline Widmer-Schlumpf ihre Wahl annehmen und die SVP in die Opposition gehen, könnte ich mir vorstellen, dass die Bündner SVP ihre Bundesrätin unterstützt und die Konsequenzen zieht.

Und die Berner?

Die sind inzwischen nicht mehr weit von den Blocheristen entfernt. Das gilt auch für die Thurgauer und Waadtländer. Es dürfte aber zu Spannungen kommen zwischen den oppositionellen Polterern und jenen, die sachpolitisch etwas erreichen wollen.

Und die CVP: Wird sie bei den nächsten Parlamentswahlen für die Abwahl von Christoph Blocher büssen müssen?

In den konservativen Stammlanden könnte ihr dies durchaus schaden. Gleich-

zeitig wird es ihr im Mittelland aber enorm Auftrieb geben.

Möglicherweise schafft es Blocher ja doch noch in den Bundesrat, falls Widmer-Schlumpf verzichtet. Blicke dann alles beim Alten, oder würde das Geschehene Spuren hinterlassen?

Es würde auf jeden Fall massive Spuren hinterlassen. Die Demütigung ist so oder so massiv.

Blocher würde erst einen Tag nach den anderen Bundesräten vereidigt. Wie wird ihn diese Schmach verändern?

Zum einen würde der SVP und Blocher in Erinnerung gerufen, dass sie auf die anderen angewiesen sind. Zum anderen ist Christoph Blocher wohl nicht so leicht zu ändern.

Gewinnt nun die Volkswahl des Bundesrats Auftrieb?

Auf jeden Fall. Eine Volkswahl des Bundesrats wäre auch sinnvoll. Davon bin ich jetzt noch mehr überzeugt. Denn heute weiss der Wähler nicht, was er im Bundesrat mit seiner Wahl bewirkt. Bei einer direkten Wahl der Regierung durch das Volk könnte dieses entscheiden, ob es konziliante oder polarisierende Vertreter in der Regierung will. Und die Legitimität der Regierung würde gestärkt.

Wären bei einer Volkswahl nicht die Romands und die Tessiner benachteiligt?

Das lässt sich einfach lösen: Man müsste wie im Kanton Bern eine Klausel einführen, dass die beiden besten Lateiner gewählt sind.

Mühleberg besteht Sicherheitsprüfung

Villigen. – Das Kernkraftwerk im bernischen Mühleberg ist in den vergangenen 15 Jahren sicher betrieben worden und erfüllt trotz risikhaftem Kernmantel die Voraussetzungen für einen sicheren Weiterbetrieb. Für einen Langzeitbetrieb seien allerdings Massnahmen nötig, teilte die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) am Mittwoch nach abgeschlossener Sicherheitsüberprüfung mit. Das Kernkraftwerk Mühleberg hat gemäss HSK ein hohes Mass an technischer und organisatorischer Sicherheitsvorsorge getroffen. Gebäude, Systeme und Komponenten befänden sich nach wie vor in einem guten Zustand. Der risshafte Kernmantel erfüllt gemäss HSK für den aktuellen Betrieb seine sicherheitstechnische Aufgabe und ist nicht geschwächt. Der weitere Rissfortschritt könne gut vorher bestimmt werden. Die nachträglich eingebaute Klammervorrichtung diene der zusätzlichen Absicherung des Kernmantels. Für einen Langzeitbetrieb von über 40 Jahren gilt das gemäss HSK nicht mehr, sodass dann Massnahmen beziehungsweise ein neues Vorgehen nötig sind. 1998 verlängerte der Bundesrat die Betriebsbewilligung für den 1972 in Betrieb genommenen Siedewasserreaktor bis Ende 2012. (AP)

Ausweistzüge müssen durchgezogen werden

Lausanne. – Ein Führerausweistzug wegen Verkehrsdelikten kann nicht in zwei Etappen verbüsst werden. Das Bundesgericht in Lausanne hat in einem Grundsatzurteil entschieden, dass der Ausweistzug ohne Unterbruch erfolgen muss. Bisher war es umstritten gewesen, ob fehlbare Lenker mit einem guten Leumund bei einem erstmaligen Fehlverhalten den Führerausweistzug in zwei Etappen abgeben können. Gewisse Kantone gewährten Verkehrssündern diese Erleichterung, andere Kantone verlangten die Abgabe des Ausweises in einem Zug. Das Bundesgericht hat nun ein Machtwort gesprochen und entschieden, dass die Aufteilung nicht zulässig ist. (AP)

Urteil 1A.58/2007 vom 28. 11. 2007

Solothurn ermuntert zur Rückgabe von Waffen

Solothurn. – Der Kanton Solothurn will eine Informationskampagne für die freiwillige Rückgabe von nicht mehr gebrauchten Waffen aus Privathaushalten starten. Der Kantonsrat hat am Mittwoch den Regierungsrat damit beauftragt. So will er dazu beitragen, Gewalttaten und Drohungen mit Schusswaffen einzudämmen. Das Anliegen stiess bei SVP und Teilen der CVP auf Widerstand, wurde letztlich aber klar angenommen. (SDA)

Euro 08: Basler Beizen und Läden länger offen

Basel. – Während der Euro 2008 können Basler Beizen und Läden wesentlich länger offen halten. An den 23 Tagen der Fussball-Europameisterschaft dürfen Restaurationsbetriebe im Lokallinnern rund um die Uhr offen bleiben. In Gartenbeizen oder Boulevardcafés darf bis 2 Uhr gewirtet werden. Läden können den Verkauf täglich bis 24 Uhr weiterführen. In einer Sonderverordnung hat die Basler Regierung weiter festgehalten, dass an Veranstaltungen Mehrwegbecher obligatorisch sind. (SDA)

Gefängnis wegen Politiker-Erpressung

Luzern. – Ein Mann, der schriftliche Drohungen gegen den Luzerner Stadtpräsidenten und die Luzerner Justizdirektorin überbracht hatte, soll ins Gefängnis. Der Kurierdienst stand im Mittelpunkt eines Gerichtsverfahrens, in dem der 37-jährige unter anderem wegen versuchter qualifizierter Erpressung, Brandstiftung und gewerbsmässigen Diebstahls schuldig gesprochen wurde. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis. Der Kurier hatte die Drohungen im Auftrag eines Kollegen überbracht, den er im Gefängnis kennen gelernt hatte. (SDA)

Graubünden: Englisch ab 5. Klasse obligatorisch

Chur. – Die Bündner Regierung schlägt den obligatorischen Englischunterricht als zweite Fremdsprache ab der 5. Primarstufe vor. Zudem soll der Beginn des Unterrichts der ersten Fremdsprache – Italienisch, Romanisch oder Deutsch – von der 4. auf die 3. Klasse vorverlegt werden. (AP)



BILD PETER SCHNEIDER/KEYSTONE

Blumen für Corina Casanova: Sie leitet als zweite Frau die Bundeskanzlei.

Casanova ist neue Bundeskanzlerin

Bereits im ersten Wahlgang wurde gestern Corina Casanova zur Bundeskanzlerin gekürt.

Bern. – Casanova liess die Kandidaten von SVP und FDP, Nathalie Falcone-Goumaz und Markus Seiler, in der Wahl deutlich hinter sich. Schon im ersten Wahlgang kam die von der CVP portierte Casanova auf 124 Stimmen – eine Stimme mehr als das absolute Mehr. Die SVP-Kandidatin Falcone-Goumaz erhielt 64, Seiler 52 Stimmen. Zum ersten Mal seit 40 Jahren wurde damit die Leitung der Bundeskanzlei im ersten Wahlgang neu vergeben. 1968 war Karl Huber, der letzte CVP-Bundeskanzler, im ersten Wahlgang gewählt worden. Insgesamt ist Casanova die 15. Bundeskanzlerin – zum zweiten Mal ist das Amt in Frauenhand. Die erste Bundeskanzlerin war Annemarie Huber-Hotz, deren Nachfolge Casanova kommandes Jahr antritt.

Im Vorfeld der Wahl wurde Casanova von CVP-Fraktionschef Urs Schwaller als «Garantin für professionelle Stabsarbeit» angepriesen. Sie selber sagte bei der Annahme ihrer Wahl, in ihrer bisherigen Arbeit habe sie gelernt, dass Demokratie, Sicherheit, Freiheit und Respekt gegenüber

Minderheiten die wesentlichen Grundpfeiler eines Rechtsstaates seien. Neben ihrer Erfahrung führte Casanova in einem Interview auch ihre Mehrsprachigkeit als Stärke an. Ausser ihrer Muttersprache Rätoromanisch spricht die 51-jährige auch die weiteren drei Landessprachen sowie Englisch und Spanisch.

Seit 2005 Vizekanzlerin

Die im Bündner Oberland und im Engadin aufgewachsene Casanova ist mit der Bundesverwaltung bestens vertraut: Sie wurde 1992 Informationsbeauftragte der Parlamentsdienste und wechselte nach vier Jahren in den Stab von Bundesrat Flavio Cotti ins Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). 1999 ernannte sie Bundesrat Joseph Deiss zu seiner persönlichen Mitarbeiterin. Drei Jahre später wurde sie stellvertretende Generalsekretärin des EDA. Seit August 2005 ist Corina Casanova Vizekanzlerin. Bevor Casanova zu den Parlamentsdiensten gekommen war, hatte sie während vier Jahren als Delegierte für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Südafrika, Angola, Nicaragua und El Salvador gearbeitet. (AP/SDA)



BILD BEATRICE DEVENES

In Festlaune: Pascal Couchepin wird zum zweiten Mal Bundespräsident.

Couchepin mit Topresultat gewählt

Obschon das Kollegium nicht komplett ist, wurde Couchepin bereits zum Bundespräsidenten gewählt. Das ist zulässig.

Von **Beat Bühlmann**

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte den 65-jährigen Walliser im ersten Wahlgang mit 197 Stimmen zum Nachfolger von Micheline Calmy-Rey. Das ist ein Glanzresultat für den FDP-Bundesrat, der damit seine Karriere krönen kann. Bei seiner ersten Wahl zum Bundespräsidenten vor fünf Jahren hatte sich Pascal Couchepin mit 166 Stimmen zufrieden geben müssen. Wer Couchepin in einem Jahr turnusgemäss ablösen wird, steht noch nicht fest. Denn die Wahl des Vizepräsidenten wurde auf heute Donnerstag vertagt.

Rechtlich in Ordnung

War es denn überhaupt zulässig, die Wahl des Bundespräsidenten bereits vorzunehmen? Das sei «rechtlich völlig in Ordnung», sagte auf Anfrage Hans-Urs

Wili, Leiter der Sektion politische Rechte bei der Bundeskanzlei. Die Wahlbehörde müsse nicht zwingend warten, bis das Bundesratskollegium komplett sei. Auch die vorzeitige Vereidigung der noch unvollständigen Landesbehörde sei juristisch nicht zu beanstanden.

Nur sechs Bundesräte vereidigt

Es werde zwar nirgends vorgeschrieben, dass neu gewählte Bundesräte umgehend zu vereidigen seien, so Wili. Doch im Hinblick auf das baldige Ende der Legislatur sei es wohl zweckmässig gewesen, die Gewählten möglichst schnell in Amt und Würden zu nehmen. So seien in jedem Fall sechs der sieben Departementsvorsteher auf den 1. Januar 2008 funktionsfähig. Denn niemand habe gestern Vormittag gewusst, wie lange es gehe, bis der letzte Bundesratspräsident definitiv besetzt sei. 1993, bei der Nichtwahl von Christiane Brunner und der Verzichtserklärung von Francis Matthey, dauerte es eine Woche, bevor mit Ruth Dreifuss die siebte Bundesrätin gewählt war. Der Bundesrat plant aber nach wie vor, die Departemente an seiner Sitzung vom nächsten Dienstag zu verteilen, wie die Bundeskanzlei mitteilte.